

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1138

Permalink: [www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1138](http://www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1138)



### Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

### Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



GESELLSCHAFT  
FÜR BEDROHTE  
VÖLKER



Zusammenfassung des GfbV-Berichts >>>

## *Sri Lanka: Militärische Landbesetzungen im Vanni-Gebiet*

**VERTREIBUNG, RÜCKSIEDLUNG, PROTEST**

## **EINLEITUNG**

### **KONTEXT SRI LANKA**

Sri Lanka erlebte einen 26 Jahre langen und bitteren Bürgerkrieg. Der Kampf für einen eigenen tamilischen Staat im Norden und Osten der Insel wurde 2009 brutal von sri-lankischen Regierungstruppen niedergeschlagen. Zehntausende Menschen sind im Krieg gestorben und Hunderttausende wurden vertrieben. Beide Seiten werden beschuldigt, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen zu haben. Im Januar 2015 verlor der amtierende Präsident Mahinda Rajapaksa, der das Land autoritär mit einer alarmierenden Menschenrechtssituation anführte, die Wahl gegen Maithripala Sirisena. Obwohl der neue Präsident mit der autoritären und repressiven Praxis der vorangegangenen Regierung gebrochen hat, verbesserte sich die Menschenrechtssituation nicht signifikant. Zwar gab es Verbesserungen in der Versammlungs- und Pressefreiheit, jedoch sind Folter und Misshandlungen von Gefangenen, willkürliche Verhaftungen und Festnahmen, Überwachung und Einschüchterung der Zivilgesellschaft und von Journalistinnen und Journalisten nach wie vor in Sri Lanka weit verbreitet. Außerdem werden ethnische und religiöse Minderheiten weiterhin diskriminiert.



● *Tamilische Frauen protestieren gegen die Landbesetzungen in Mullikulam*

## ZUM BERICHT

### SRI LANKA: MILITÄRISCHE LANDBESETZUNGEN IM VANNI-GEBIET. VERTREIBUNG, RÜCKSIEDLUNG, PROTEST

Nach Kriegsende leitete die Regierung Sri Lankas die Rück siedlung aller durch den Krieg vertriebenen Menschen ein. Der Wiederansiedlungsprozess ist jedoch noch keineswegs abgeschlossen, obwohl der Krieg bereits vor neun Jahren endete. Das Militär besetzt im Namen der nationalen Sicherheit nach wie vor weite Landstriche, weshalb vielen Binnenvertriebenen die Rückkehr auf ihr angestammtes Land und dadurch auch zu ihrer traditionellen Lebensgrundlage verwehrt ist. Vor diesem Hintergrund hat die Verbesserung in Bezug auf die Versammlungsfreiheit, welche die neue Regierung mit sich gebracht hat, zu einer Zunahme von kontinuierlichen Protesten geführt. Im Jahr 2017 forderten diverse Dorfgemeinschaften in teilweise monatelangen Protesten ihr Land vom Militär zurück. Während einige von ihnen zumindest Teilerfolge feiern konnten und Teile des besetzten Landes zurückerhalten haben, warten viele weitere Betroffene noch immer auf die Freigabe ihres angestammten Landes – trotz zahlreichen Versprechen von Seiten der Regierung.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) thematisierte im Bericht *«Under the Military's Shadow»* (2016) die negativen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen der militärischen Landbesetzungen am Beispiel der Jaffna-Halbinsel. Deutlich zeigte sich, dass die Militarisierung dieser Region trotz des Regierungswechsels im Januar 2015 ungebrochen anhält. Neben der Jaffna-Halbinsel sind jedoch auch andere Regionen im Norden und Osten Sri Lankas von Militarisierung und Landbesetzungen betroffen. Angesichts der prekären Lebenssituation von Vertriebenen und deren Protesten ist die GfbV überzeugt, dass eine weiterführende Auseinandersetzung zu Land und Vertreibung nötig ist. Besonders dringlich ist die ungelöste Landfrage in der Vanni-Region in der Nordprovinz: Im Nordosten dieser Region töteten die Regierungstruppen während der letzten Offensiven des bewaffneten Konflikts nicht nur zehntausende Zivilistinnen und Zivilisten, sondern hinterliessen ebenso eine Spur der Zerstörung und vertrieben beinahe die gesamte, dort ansässige Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund analysiert der Bericht **«Sri Lanka: Militärische Landbesetzungen im Vanni-Gebiet»** («Vanni: Civilian Land under Military Occupation») die gegenwärtige Situation im Vanni-Gebiet und die Folgen der militärischen Landbesetzungen für die Lokalbevölkerung. Die sri-lankische GfbV-Partnerorganisation «National Fisheries Solidarity Movement» (NAFSO) besuchte sechs Gemeinschaften, deren Land noch immer vom Militär besetzt ist (Iranaitivu, Mullivaikkal, Iranapalai, Keppapulavu, Mullikulam und Pallimunai West) und zwei Gemeinschaften deren Land vor kurzem freigegeben wurde (Pilakudiyiruppu und Puthukkudiyiruppu). Beim vorliegenden Bericht handelt es sich um die deutsche Zusammenfassung der englischen Langversion.

## DIE VANNI-REGION


Als Vanni-Region wird das Festlandgebiet der Nordprovinz Sri Lankas bezeichnet. Dieses umfasst die Distrikte Mannar, Mullaitivu und Vavuniya sowie einen grossen Teil des Distrikts Kilinochchi. Die Fläche von ca. 7'500 km<sup>2</sup> ist flach und dünn besiedelt und grösstenteils mit dichtem Wald bedeckt. Die überwiegende Mehrheit der ansässigen Bevölkerung sind Tamilinnen und Tamilen, die von Landwirtschaft, dem führenden Sektor dieser Region, leben. Die Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) konzentrierte ab 1995 ihre Macht auf die Vanni-Region und machte Kilinochchi zur Verwaltungshauptstadt. Als das sri-lankische Militär schliesslich alle von der LTTE kontrollierten Gebiete zwischen 2006 und 2009 zurückeroberte, wurden mehr als 300'000 Menschen aus dieser Region vertrieben. Viele mussten mehrmals fliehen, als die Regierungstruppen in die Vanni-Region vorrückten. Nach Kriegsende wurden die meisten von ihnen in einem Lager für Binnenvertriebene (Menik Farm) festgehalten, das mit Stacheldraht umzäunt und vom Militär geführt wurde. Zu Spitzenzeiten beherbergte Menik Farm rund 225'000 Personen auf 700 Hektaren Land.

Im Dezember 2009 begann die Regierung, Kriegsvertriebene in ihre ursprünglichen Distrikte zurückzusiedeln. Während einige Betroffene auf ihr eigenes Land zurückkehren konnten, blieben viele entweder aufgrund nicht weggeräumter Landminen oder militärischer Sperrzonen Intern Vertriebene. 2012, als die letzten Personen in den Mullaitivu-Distrikt zurückgeführt wurden, wurde Menik Farm endgültig geschlossen. Angesichts der heftigen Gefechte in der letzten Kriegsphase waren die Folgen des bewaffneten Konflikts in der Vanni-Region besonders schwerwiegend. Die tamilische Bevölkerung musste ihre gesamte Existenz von Grund auf wiederaufbauen: Fast drei Viertel aller Häuser waren bei Kriegsende unbewohnbar, Ackerland und Felder zerstört und die öffentliche Infrastruktur verwüstet. Eine Armutsbeurteilung der Weltbank aus dem Jahr 2016 ergab, dass in dieser Gegend eine im nationalen Vergleich unverhältnismässig hohe Anzahl extrem armer Menschen lebt.

# SRI LANKA



 Nordprovinz

 Vanni-Gebiet



## MILITARISIERUNG

Trotz Regierungswechsel setzt sich die Militarisierung des Nordens und Ostens Sri Lankas, die sich während der Präsidentschaft von Mahinda Rajapaksa etabliert hat, unvermindert fort und bleibt für die Bevölkerung ein zentrales Hindernis für die Rückkehr zu einem normalen Leben. Dies steht im Widerspruch mit den Versprechungen der Regierung zur Demokratisierung und Offenheit gegenüber den Anliegen der tamilischen Bevölkerung. Die Anzahl Militärangehörige wurde im Februar 2017 auf 243'000 aktive Mitglieder geschätzt. Die aktive Armee Sri Lankas wäre damit grösser als diejenigen von Frankreich, Israel, Saudi-Arabien oder Grossbritannien. Wie viele Truppen gegenwärtig im Vanni stationiert sind, wird offiziell nicht kommuniziert, jedoch geht die Nichtregierungsorganisation Adayaalam Centre for Policy Research (ACPR) im Mullaitivu-Distrikt von einem Verhältnis von einem Soldaten zu zwei Zivilisten aus. Mit rund 60'000 stationierten Streitkräften wäre Mullaitivu damit eine der am stärksten militarierten Regionen der Welt.

Obwohl in den letzten Jahren die militärischen Kontrollpunkte weitgehend abgebaut wurden, mischen sich die Sicherheitskräfte nach wie vor stark in das öffentliche Leben ein. Die Überwachung, Belästigung und Einschüchterung der Zivilgesellschaft, von Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten, NGO-Mitarbeitenden, Journalistinnen und Journalisten sind nach wie vor weit verbreitet in der Vanni-Region. Als drei Frauen aus Keppapulavu im Mullaitivu-Distrikt Klagen gegen das Militär wegen der Besetzung ihres Landes einreichten, wurden sie so stark bedroht, dass zwei von ihnen ihre Klage wieder zurückzogen. Ausserdem werden Frauen in den militarisierten Gebieten häufig Opfer von sexueller Gewalt und Ausbeutung durch das Militärpersonal.

Die Militarisierung muss darüber hinaus auch in Anbetracht ihrer wirtschaftlichen Komponenten verstanden werden: Seit Kriegsende hat sich das Militär zunehmend als starker Akteur in der lokalen Wirtschaft etabliert. Die Truppen beteiligen sich gegenwärtig an einer Reihe von kommerziellen Aktivitäten, wie zum Beispiel in der Landwirtschaft, Gastronomie und Tourismusbranche. Die wirtschaftlichen Tätigkeiten des Militärs nehmen der Lokalbevölkerung in der

Vanni-Region insbesondere bei der Landwirtschaft wichtige Einnahmequellen und setzen die Sicherheitskräfte mit der Bevölkerung in direkte Konkurrenz um knappe Ressourcen wie zum Beispiel Wasser. Zudem wird berichtet, dass das Militär seine landwirtschaftlichen Produkte unter dem üblichen Marktpreis verkauft. Die Lokalbevölkerung kann mit solchen Preisen nicht konkurrieren.

### **EINIGE KONKRETE BEISPIELE: WIRTSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN DES MILITÄRS IN DER VANNI-REGION**

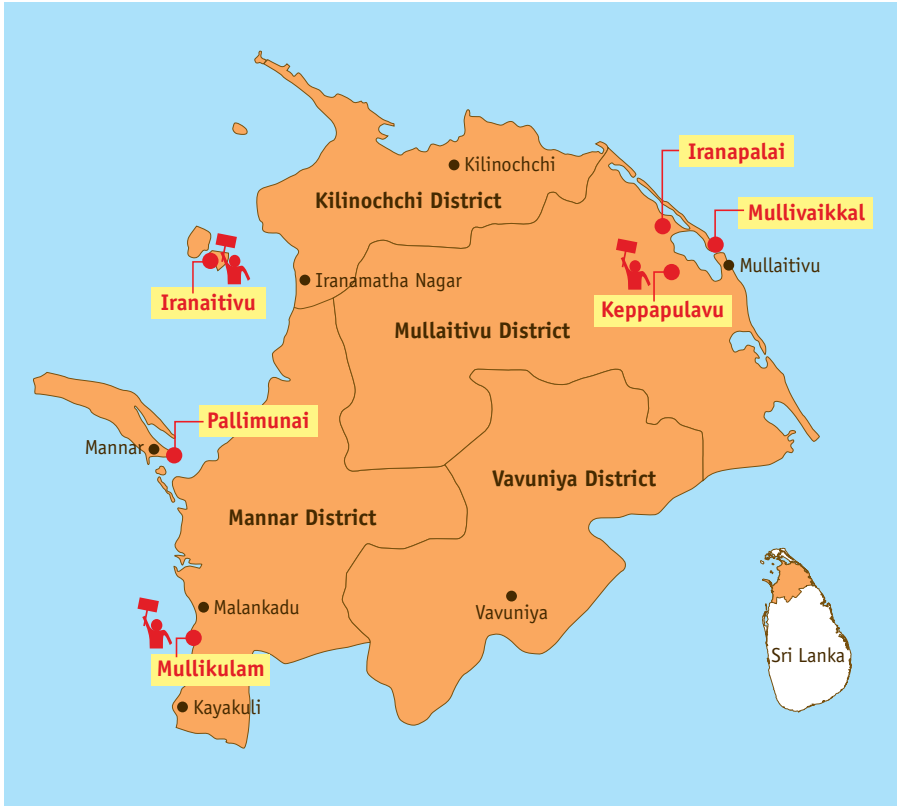
- Innerhalb der Militärbasis der **Security Force Headquarters – Mullaittivu (SFHQ-MLT)** betreibt die Armee Viehzucht und produziert Milch und Joghurt. Ebenso beteiligen sich die Soldatinnen und Soldaten am Fischfang und ernten Kokosnüsse von den Bäumen, die den vertriebenen Personen von Keppapulavu gehören. Die gewonnenen Produkte werden an regionale Verkaufsstellen geliefert und auf den lokalen Märkten der umliegenden Dörfer verkauft. Auf dem Gelände der Militärbasis führt die Armee auch zwei Resorts, welche allerdings nur von Militärpersonal und deren Verwandten und Bekannten besucht werden können.
- Im Jahr 2016 beschäftigte das dem Militär unterstellte Civil Security Department (CSD) 193 Vorschullehrerinnen und Vorschullehrer in **Mullaittivu** und 328 in **Kilinochchi**. In den zwei Distrikten beschäftigte das CSD ebenso 2'771 Personen in der Landwirtschaft auf über 1'200 Acres (4.9 km<sup>2</sup>) und erwirtschaftete so rund 29'166'103 sri-lankische Rupien (LKR) (€ 158'691) Gewinn.


## BESETZTES LAND

Eines der gravierendsten Probleme der anhaltenden Binnenvertreibung ist, dass viele Menschen ohne angemessene Entschädigung von ihren Häusern und traditionellen Lebensgrundlagen ferngehalten werden. Nach Angaben der Regierung besetzte das Militär im Mai 2017 auf der ganzen Insel noch 18'976 Acres (76.8 km<sup>2</sup>) Staats- und 6'439 Acres (26.1 km<sup>2</sup>) Privatland. Unklar ist, ob diese von der Regierung zur Verfügung gestellte Zahl der militärisch besetzten Landfläche korrekt ist. Im Oktober 2017 schätzten die NGOs Adayaalam Centre for Policy Research (ACPR) und People for Equality and Relief in Lanka (PEARL) ausgehend von eigenen Untersuchungen den Umfang des besetzten Landes allein im Mullaitivu-Distrikt auf 30'000 Acres (121.4 km<sup>2</sup>) und stellten damit die von der Regierung berechnete Gesamtsumme von 25'415 Acres (102.9 km<sup>2</sup>) in Frage. Tatsache ist, ungeachtet dieser Diskrepanz, dass die bestehenden Landbesetzungen mehrere tausend Familien von der Rückkehr in ihr Zuhause abhalten und sie in eine verletzliche Situation drängen.

## VERTRIEBENE GEMEINSCHAFTEN

Das Rechercheteam besuchte im Dezember 2017 sechs Gemeinschaften im Vanni, um die Situation vor Ort für Menschen zu untersuchen, deren traditionelles Land noch immer vom Militär besetzt wird:



 Anhaltende Proteste

 Besetzte Gebiete

## LEBENSSTANDARD

Vor ihrer Vertreibung lebten die Menschen der besuchten Gemeinschaften auf ihrem Land und verdienten ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft und mit Fischfang. Sie hatten diversifizierte Einkommensquellen und konnten gut für ihre Familien sorgen. Heute stehen die Menschen im Alltag vor einer Reihe von Herausforderungen, da die militärische Besetzung ihres Landes ihnen den Zugang zu beiden Einkommensquellen über Jahre hinweg verwehrt hat. Vertriebene verloren so entweder ihre traditionelle Existenzgrundlage oder ihr Haushaltseinkommen ging deutlich zurück. Fischer müssen längere Wege in Kauf nehmen (und benötigen deutlich mehr Treibstoff), um ihre traditionellen Fischgründe zu erreichen, und die traditionelle Strandwadenfischerei wurde in den besetzten Gebieten verboten. Meist fehlt es ausserdem in den Umsiedlungsgebieten an Wasser für die Landwirtschaft. Darüber hinaus war die Unterstützung der Regierung in den besuchten Gemeinschaften ungenügend, um entweder die traditionelle Existenzsicherung wiederaufzunehmen oder einen alternativen Lebensunterhalt aufzubauen. Infolgedessen haben unzählige Vertriebene grosse Mühe, für ihre Familie zu sorgen. Von Frauen geführte Haushalte sind besonders stark betroffen.

Für drei der besuchten Dorfgemeinschaften stellte die Regierung im Rahmen des Wiederansiedlungsprozesses Häuser in alternativen Gebieten zu Verfügung. Dies heisst jedoch nicht, dass die neuen Häuser und die dazugehörigen Grundstücke eine angemessene Entschädigung für das verlorene Eigentum bedeuten. Ein Teil der Familien lebt auch gegenwärtig in gemieteten Häusern oder bei Freunden und Verwandten und ist auf die anhaltende Unterstützung der Aufnahmegemeinschaften angewiesen.

## EINIGE KONKRETE BEISPIELE: PROBLEME VON VERTRIEBENEN GEMEINSCHAFTEN

- Bevor die Marine die Insel **Iranaitivu** in einen Militärstützpunkt umwandelte und den Zugang für die ehemaligen Bewohnerinnen und Bewohner einschränkte, fuhren die Männer mit dem Boot aufs Meer und die Frauen sammelten Garnelen, Krabben und Muscheln an der Küste. Zusätzliche Einnahmequellen waren Viehhaltung, Gemüseanbau und Kokosnusszucht. Heute dürfen Fischer nur noch tagsüber auf einem kleinen Küstenstreifen fischen. Dafür müssen sie zweimal täglich eine 12-Seemeilen-Reise auf sich nehmen, wodurch die Fischerboote viel mehr Treibstoff brauchen, um die traditionellen Fischgründe zu erreichen. Frauen ist der Zutritt zur Insel komplett untersagt, weshalb sie ihre traditionelle Lebensgrundlage vollständig verloren haben.
- Vor ihrer Vertreibung konnten die Fischer von **Keppapulavu** ihre Netze in der Lagune auswerfen und über Nacht nach Hause zurückkehren. Durch die militärische Besetzung ihres Dorfes müssen sie nun mit ihrer Fischereiausrüstung mindestens sechs Kilometer bis zur Lagune zu Fuss zurücklegen. Eine Rückkehr über Nacht ist angesichts des langen Weges nicht mehr möglich. So können Frauen ihre Ehemänner auch nicht mehr bei der Arbeit unterstützen, indem sie die Netze säubern und die Fische am Ufer weiterverarbeiten. Dies hat zu einer zusätzlichen Verringerung des Einkommens diverser Familien geführt. Ebenso ist Wasser im Umsiedlungsgebiet sowohl für den täglichen Konsum als auch für die Landwirtschaft knapp. Die meisten Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner in Keppapulavu sind daher auf das zusätzliche Einkommen von Gelegenheitsarbeiten angewiesen.
- Für die vertriebenen Familien in **Mullikulam** wurden in Malankadu von der Marine 27 Häuser, von der Regierung 86 Häuser und vom Minister Rishad Bathiudeen 20 Häuser gebaut. Es gibt aber immer noch Familien, die in gemieteten Häusern oder bei Freunden und Verwandten leben, da sie bisher kein Haus erhalten haben. Die Qualität der neu errichteten Häuser ist unzureichend: Viele weisen bereits Risse in den Wänden auf. Während 176 Familien in Malankadu ebenfalls je einen halben Acre fruchtbares Land erhielten, mangelt es aufgrund von fehlenden Brunnen und Bewässerungsbecken an Wasser, teilweise gar für den täglichen Konsum. Landwirtschaft ist daher kaum möglich.

## SOZIALE AUSWIRKUNGEN

Vor allem im Norden und Osten Sri Lankas ist Land mit nahezu allen Lebensbereichen – Wirtschaft, Kultur und Politik – verflochten. Der Verlust eines seit Generationen bewirtschafteten Grundstücks gefährdet nicht nur die Ernährungssicherheit, sondern beraubt die Menschen auch ihrer kulturellen Wurzeln und sozialen Netzwerke. Vertriebene Familien können ihren Töchtern keine traditionelle Mitgift anbieten, was es für diese schwierig macht, zu heiraten. Der Zugang zu Bildung ist eingeschränkt und die Familien müssen oft Kredite aufnehmen, um beispielsweise die notwendige Infrastruktur aufzubauen. Es gibt vermehrt Fälle von Selbstmorden, wenn die Kredite nicht zurückgezahlt werden können.

### EINIGE KONKRETE BEISPIELE: SOZIALE AUSWIRKUNGEN DER VERTREIBUNG

- Junge Frauen aus **Iranaitivu** haben Schwierigkeiten zu heiraten, da es ihren Familien an Land fehlt, das sie als Mitgift für die Ehe anbieten könnten. Darüber hinaus existieren kaum weiterführende Bildungsmöglichkeiten. Für Jugendliche ist es diesbezüglich schwierig, die Kompetenzlücken zu schließen. Die Gefahr besteht, dass sich die Armut reproduziert.
- Die Mehrheit der Familien von **Keppapulavu** wohnte seit acht Generationen auf ihrem ihren Grundstücken. Viele betonen den emotionalen Wert ihres Landes, das zuvor von ihren Vorfahren kultiviert und geformt wurde. Ebenso befindet sich der Friedhof des Dorfes innerhalb des besetzten Gebietes. Die Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner können deshalb die Gräber ihrer Angehörigen nicht mehr besuchen. Ausserdem haben einige Haushalte den Bau von Brunnen im Umsiedlungsdorf selbst mit Krediten finanziert, da sie kein Geld vom Staat erhalten haben. Einige begingen Selbstmord, weil sie die Raten nicht zurückzahlen konnten.

- In **Mullikulam** gab die Marine kürzlich den Zugang zur Kirche innerhalb des besetzten Gebietes frei. Der direkte Weg ist jedoch weiterhin blockiert. Die älteren Menschen finden es aufgrund des drei Kilometer langen Weges schwierig, die Kirche zu erreichen. Ein Transport wird nur einmal pro Woche am Sonntagmorgen angeboten. Bei einer Beerdigung muss der Sarg die drei Kilometer zur Kirche und weitere fünf Kilometer von der Kirche zum Friedhof getragen werden, obwohl die tatsächliche Distanz zwischen den beiden Orten nur 1.5 Kilometer beträgt. Vor der Vertreibung ist die gesamte Dorfgemeinschaft zusammengekommen, um den Toten die letzte Ehre zu erweisen. Ältere Menschen können durch die lange Gehstrecke an diesem Ritual nicht mehr teilnehmen.

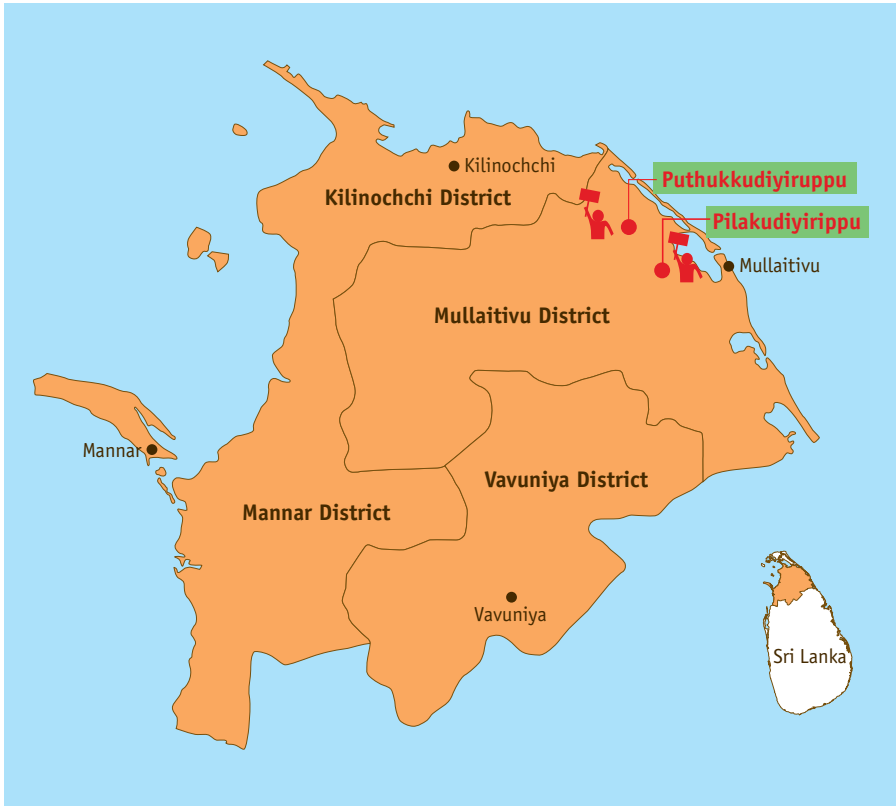


## FREIGEgebenES LAND

Die neue Regierung verpasste ihre selbst gesetzte Frist für die Rücksiedlung aller Binnenvertriebenen bis Ende 2016. Bislang gehen der Wiederansiedlungsprozess und die Suche nach dauerhaften, nachhaltigen Lösungen nur langsam voran. Das Militär hat der Lokalbevölkerung gemäss offiziellen Angaben bis Mai 2017 von anfänglich 104'578 besetzten Acres (423.3 km<sup>2</sup>) 54'769 Acres (221.6 km<sup>2</sup>) Staats- und 24'394 Acres (98.7 km<sup>2</sup>) Privatland zurückgegeben. Obwohl dies als signifikanter Fortschritt interpretiert werden könnte, muss das schmerzlich langsame Tempo der Landfreigaben (auch nach dem Regierungswechsel) mit bedacht werden. Laut dem leitenden Beamten für zivil-militärische Zusammenarbeit, Oberstleutnant Asela Ubayasekara, hat das Militär bereits alle verfügbaren Flächen freigegeben. Weitere Freigaben im Norden von Sri Lanka kommen für ihn nicht in Frage. Dies steht im Widerspruch zu Aussagen von Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertreter, welche versprochen haben, sämtliches besetztes Land freizugeben.

## WIEDERANGESIEDELTE GEMEINSCHAFTEN

Das Forschungsteam besuchte zwei Gemeinschaften in der Vanni-Region, um die Situation der Menschen vor Ort zu untersuchen, deren traditionelles Land vor kurzem vom Militär freigegeben wurde:



Anhaltende Proteste



Freigegebene Gebiete

## GRUNDAUSSTATTUNG UND INFRASTRUKTUR

Die Rückkehr der Menschen auf ihr traditionelles Land wird als mögliches Mittel verstanden, der Armut zu entkommen, indem die verlorene Existenzsicherung wiederaufgenommen werden kann. Allerdings stossen die besuchten Gemeinschaften, die im letzten Jahr dank Protesten einen Teil ihres traditionellen Landes zurückgewonnen haben, auf kaum zu bewältigende Hindernisse bei der Wiederansiedlung: Teilweise ist es nicht möglich, auf dem freigegebenen Land zu leben. Häuser und Infrastruktur sind zerstört, die Felder bis zur Unzugänglichkeit überwachsen und die Brunnen für lebensnotwendiges Trinkwasser beschädigt oder ausgetrocknet. Die Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner müssen ihr Leben von Grund auf neu aufbauen – und dies ohne oder mit nur unzureichender Unterstützung der Regierung. Zudem fehlt es in einigen ländlichen freigegeben Gebieten an grundlegenden medizinischen Einrichtungen und Schulen. Weil es teilweise auch an öffentlichen Transportmitteln mangelt, wird der Zugang zu Gesundheit und Bildung zusätzlich erschwert.

### **EINIGE KONKRETE BEISPIELE: PROBLEME DER LOKALBEVÖLKERUNG NACH LANDRÜCKGABEN**

- Obwohl das Militär in **Pilakudiyiruppu** das Land von 41 Familien freigegeben hat, sind gegenwärtig nur neun Familien vom «Keppapulavu Model Village» zurück nach Pilakudiyiruppu gezogen. Die Häuser und die gesamte grundlegende Infrastruktur wie Toiletten und Trinkwasserbrunnen wurden zerstört. Staatliche Unterstützung für die Wiederansiedlung erhielten die Menschen keine. Die rückgesiedelten Familien leben in provisorischen, selbstgebauten Notunterkünften. Für medizinische Versorgung müssen sie fünf Kilometer zum nächsten Krankenhaus reisen. Öffentliche Transportmittel gibt es kaum, was es für Schüler schwierig macht, die vier Kilometer entfernte Schule zu besuchen.
- In **Puthukkudiyiruppu East** hinterliess die Armee absichtlich eine Spur der Zerstörung, bevor sie das Land freigab. Die Menschen kehrten zu beschädigten Häusern und zerstörter Infrastruktur zurück. Die Soldatinnen und Soldaten hatten auf einem Grundstück beispielsweise Abfall verteilt, Schrauben aus den Türrahmen gerissen, die elektrischen Leitungen durchtrennt und die Steckdosenhalterungen entfernt.

## ENTWICKLUNG DER EXISTENZGRUNDLAGEN NACH DER LANDRÜCKGABE

Trotz der Freigabe der besetzten Gebiete hat sich die Lebenssituation der Menschen in den besuchten Gemeinschaften nicht verbessert, da sie aufgrund der zerstörten Grundausrüstung und dem Zustrom von externen Fischern Schwierigkeiten haben, ihren traditionellen Lebensunterhalt wiederaufzunehmen. Die Regierung hat keine Unterstützung geleistet, um die Rückkehr der Menschen nachhaltig zu gestalten. Entschädigung für die Besetzung des Landes, die Zerstörung des Eigentums und den jahrelangen Verlust von Einkommen erhielten die Gemeinschaften gar nicht oder nur ungenügend.

### EINIGE KONKRETE BEISPIELE: ENTWICKLUNG DER EXISTENZGRUNDLAGE

- In **Pilakudiyiruppu** haben die Menschen trotz der Freigabe ihres Landes Mühe, ihre traditionelle Existenzsicherung wiederaufzunehmen. Den Fischern fehlt es an notwendiger Ausrüstung für den Fischfang und das Wasser reicht nicht, um Landwirtschaft zu betreiben. Einerseits wurden die alten Brunnen während des Krieges beschädigt und andererseits trocknen neu gebaute und reparierte Brunnen derzeit aus. Von sieben Brunnen können nur zwei problemlos genutzt werden. Bloss zwei Familien versuchen aktuell, auf ihren Feldern wieder Reis anzubauen und zwei weitere Familien pflanzen Erdnüsse.
- Neben Gelegenheitsarbeiten versuchen die Menschen aus **Puthukku-diyiruppu** ein zusätzliches Einkommen mit Fischfang und Landwirtschaft zu erwirtschaften. Durch den starken Zustrom von externen Fischern aus Jaffna, dem Süden Sri Lankas und Indien, die trotz eines generellen Verbotes ungesühnt destruktive Fangmethoden anwenden können, kommt es zu einer starken Übernutzung der Fischbestände.

## FAZIT

### **Ausgehend von den Rechercheergebnissen ziehen die GfbV und die NAFSO folgende Schlussfolgerungen:**

- In der Vanni-Region wird Menschen, die von Vertreibung betroffen sind, die Bewegungsfreiheit verwehrt. Da das Militär weiterhin Gebiete besetzt, haben Vertriebene lediglich eingeschränkten oder gar keinen Zugang zu Land und Wasser. Infolge dessen ist ihr Haushaltseinkommen deutlich zurückgegangen oder sie haben ihre traditionelle Lebensgrundlage vollständig verloren. Viele, insbesondere von Frauen geführte, Haushalte haben daher grosse Mühe, ihre Grundbedürfnisse zu decken.
- Im Jahr 2017 kam es zu einer starken Zunahme von Protesten, bei denen die Rückgabe der besetzten Gebiete gefordert wurde. Während einige Gemeinschaften Erfolg hatten und zumindest einen Teil ihres Landes zurückerhielten, wurden viele andere von Staatsvertretenden mit Versprechen vertröstet, die anschließend nicht eingehalten wurden.
- Das Militär nutzt das beschlagnahmte Land für kommerzielle Zwecke. Die wirtschaftlichen Aktivitäten des Militärs setzen dabei die lokalen Gemeinschaften noch stärker unter Druck, da diese der Lokalbevölkerung wichtige Marktanteile und damit auch Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten entziehen.
- Der Verlust eines seit Generationen bewirtschafteten Grundstücks gefährdet nicht nur die Perspektiven auf ein selbstbestimmtes Leben ohne Hunger, sondern raubt den Menschen auch ihre kulturellen Wurzeln und sozialen Netzwerke. Durch ihre Vertreibung mussten die Betroffenen ihre traditionelle Lebensweise und Bräuche aufgeben.

- Ein zusätzliches Hindernis, das nachhaltigen Lösungen für kriegsbedingte Vertreibung im Weg steht, ist der Mangel an angemessener Hilfe und Infrastruktur. Trotz des Erfolgs einiger Gemeinschaften, mit Protesten ihr angestammtes Land zurückzugewinnen, ist die Rücksiedlung an ihren Herkunftsort schwierig. Da viele Häuser und der grösste Teil der Infrastruktur beschädigt oder zerstört wurde, bedeutet eine Rückkehr, sein Leben von Grund auf neu aufzubauen; vielfach ohne jegliche Unterstützung des Staates.

## FORDERUNGEN

**In Anbetracht der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und der oben aufgeführten Umstände sehen die GfbV und die NAFSO dringenden Handlungsbedarf. Sie fordern die Regierung von Sri Lanka dazu auf:**

- die Vanni-Region zu demilitarisieren indem die Militärpräsenz stark reduziert wird und die Überwachung der lokalen Bevölkerung und Zivilgesellschaft sowie die wirtschaftlichen Aktivitäten des Militärs eingestellt werden,
- alle besetzten Gebiete für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen und ihren ursprünglichen Besitzern zurückzugeben sowie die Binnenvertriebenen für den Wiederansiedlungsprozess zu konsultieren,
- vertriebenen und rückgesiedelten Menschen eine ausreichende Grundausstattung wie Trinkwasser, Elektrizität und Sanitäreinrichtungen zur Verfügung zu stellen, sowie den Zugang zu essentiellen, medizinischen Einrichtungen und Bildung zu gewährleisten,
- für lokale Gemeinschaften den uneingeschränkten Zugang zu Land und Wasser sicherzustellen.



**Den ausführlichen Bericht «Vanni: Civilian Land under Military Occupation» auf Englisch finden Sie unter [www.gfbv.ch/sri-lanka](http://www.gfbv.ch/sri-lanka)**

---

## IMPRESSUM

**Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz

Schermenweg 154, CH-3072 Ostermundigen

[www.gfbv.ch](http://www.gfbv.ch) / [info@gfbv.ch](mailto:info@gfbv.ch)

**Tel.:** + 41 (0)31 939 00 00

**Spendenkonto:** Berner Kantonalbank (BEKB) IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1

**Layout:** Tania Brügger

**Fotos:** Yves Bowie

**Text:** Meret Stocker

**Feldrecherche:** National Fisheries Solidarity Movement (NAFSO)

**Redaktion:** Anita Straubhaar

**Ausgabe:** Februar 2018

**Dieser Bericht wurde produziert mit Unterstützung des Fonds für Menschenrechte des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes sowie der Fachstelle OeME der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn.**



## MIT DER GFBV FÜR MENSCHENRECHTE

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation, die sich für Minderheiten und indigene Völker einsetzt. Sie dokumentiert Menschenrechtsverletzungen, informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit und vertritt die Interessen der Betroffenen gegenüber Behörden und Entscheidungsträgern. Sie unterstützt lokale Bemühungen zur Stärkung der Menschenrechte von Minderheiten und indigenen Völkern und arbeitet national sowie international mit Organisationen und Personen zusammen, die ähnliche Zielsetzungen verfolgen. Die GfbV hat sowohl beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UNO als auch beim Europarat.



### WERDEN SIE AKTIV – UNTERSTÜTZEN SIE UNS!

Unser Engagement ist nur mit Ihrer Unterstützung möglich. Mit Ihrer Mitgliedschaft oder Ihrer Spende unterstützen wir Minderheiten und indigene Völker in der ganzen Welt.

**Melden Sie sich an unter: [www.gfbv.ch/aktiv-helfen](http://www.gfbv.ch/aktiv-helfen)**  
Herzlichen Dank!



[www.gfbv.ch](http://www.gfbv.ch)